Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

10.6.1864 (No. 135)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 10. Juni.

Nr. 135. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. **1864.**

Telegramme.

≌ **Frankfurt**, 9. Juni. Bundestags-Sitzung. Der Antrag, den Geschäftsverkehr des Bundestags mit Hrn. v. Beust an die vereinigten Ausschüsse zu übertragen, wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen.

† **Berlin**, 9. Juni. Die „Provinzialkorrespondenz" schreibt: Das Interesse Deutschlands erfordere, daß an der deutschen Nordgrenze eine wahre Nordmark in engem Zusammenhang an die deutschen und preußischen Wehreinrichtungen, namentlich an die Seemacht, erstehe. Der Herzog von Augustenburg sei bei seinem ersten Besuch einer ausdrücklichen Erklärung hierüber ausgewichen. Die Korrespondenz hofft, der zweite Besuch werde dazu beitragen, „den bedauerlichen Eindruck des ersten zu verwischen."

Ferner sagt das genannte Organ, wahrscheinlich werde auf den Wunsch der neutralen Mächte eine Verlängerung der Waffenruhe auf 14 Tage erfolgen. Nur falls der Krieg unerwartet eine weitere Ausdehnung nehme, sei die Berufung des Landtags in Erwägung zu ziehen.

Kiel, 8. Juni, Mittags. Der Herzog Friedrich ist eben wieder eingetroffen. Am Bahnhof wurde er vom angesehenen Theil der Bürgerschaft in großer Zahl empfangen. Musik und freudige Hochrufe erschallten. Die Stadt war im Flaggenschmuck.

St. Petersburg, 8. Juni. (Sch. M.) Wie versichert wird, hat die Direktion der London-International-Finanzial-Compagnie den Vertrag über den Bau der Moskau-Sebastopoler Eisenbahn mit der Regierung definitiv abgeschlossen. Der Bau soll noch im Lauf des Jahres beginnen. — Eine Depesche des Großfürsten Michael meldet das Ende des Kaukasuskriegs; ununterworfene Stämme sind in Kaukasien nicht mehr vorhanden.

Deutschland.

Stuttgart, 6. Juni. (Sch. M.) Das größere Komitee, das in der Landesversammlung vom 3. Jan. 1863 für Betreibung der Zollvereins-Angelegenheiten gewählt worden ist, war heute zu einer längern Besprechung versammelt. Es waren Mitglieder aus allen Gegenden des Landes erschienen; von andern, die aus verschiedenen Gründen zu kommen verhindert waren, sind Zuschriften eingelaufen, die ihre Zustimmung zu der wieder aufzunehmenden Thätigkeit und ihre Geneigtheit, dabei mitzuwirken, kundgaben. Zunächst gab der Vorsitzende des Komitee's einen Bericht über dessen bisherige Thätigkeit, aus dem wir hervorheben, daß dasselbe im Lauf weniger Monate nach der Versammlung gegen 6000 Exemplare von Flugschriften zur Aufklärung über den französisch-preußischen Handelsvertrag unentgeltlich zur Vertheilung im Land gebracht hat. Den Hauptgegenstand der Berathungen bildete die Frage, welche Schritte von Seite des Landes in Anregung gebracht werden sollen, um die Gefahr einer Abtrennung Württembergs vom Zollverein, die jetzt in unmittelbare Nähe gerückt ist, abzuwenden. Es sind in dieser Richtung Anträge vorbereitet worden, welche einer auf den 19. Juni nach Stuttgart einzuladenden Landesversammlung vorgelegt werden sollen und durch diese in die Oeffentlichkeit übergehen werden. Nach dieser Landesversammlung sollen Bezirks- oder Gauversammlungen folgen. Die Verhandlungen legten Beweis dafür ab, wie man überall im Land den Ernst der Lage begreift und entschlossen ist, Allem aufzubieten, um der Sprengung des Zollvereins entgegen zu arbeiten. Erschienen waren, zum Theil je mehrere Vertreter, neben Stuttgart aus Heilbronn, Ulm, Heidenheim, Biberach, Geislingen, Göppingen, Ludwigsburg, Gmünd, Waiblingen, Altenstadt, Waldhausen 2c.

Stuttgart, 8. Juni. (Sch. M.) Dem ständischen Ausschuß ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen der Gesetze über die Volksschulen, vom 29. Sept. 1836 und vom 6. Nov. 1858, zugegangen. Der Entwurf will einerseits auf Herbeiführung eines richtigern Verhältnisses zwischen der Zahl der ständigen und der der unständigen Lehrer und auf Erhöhung der gesetzlichen Gehaltssätze der Lehrer hinwirken, auch einige hiemit zusammenhängende, die Pensionsrechte der Schulmeister und die Unterstützung ihrer Hinterbliebenen betreffende Bestimmungen geben; andererseits aber auch den Umfang der Verpflichtung der Lehrer gesetzlich feststellen und erweitern. Außerdem will dem Bedürfniß einer den Anforderungen der Gegenwart entsprechenden Organisation der Ortsschulbehörden Rechnung getragen werden. — Weitere, im Wege der Verwaltung zu treffende Verbesserungen im Volksschulwesen werden mit dem Hauptfinanzetat den Ständen vorgelegt werden. — Aus den Motiven zu dem Gesetzentwurf geht hervor, daß immer noch 2444 Schulmeistern 1279 unständige Lehrer gegenüberstehen, daß in den Jahren 1860/63 144 unständige Lehrer freiwillig den Schulstand verlassen haben, und daß auf eine Verwandlung von 284 evangelischen und von 82 katholischen unständigen Stellen in ständige das Absehen gerichtet ist. Jeder Lehrer soll künftig neben Haltung der Sonntagsschule zu 30 wöchentlichen Unterrichtsstunden verpflichtet sein. Die Mindestgehalte aller nach dem Entwurf neu zu errichtenden Schulmeisterstellen, ebenso wie der schon bestehenden Lehrstellen sollen an Schulen mit einer Lehrstelle und nicht mehr als 60 Schülern 375 fl., an allen übrigen Schulen 400 fl. betragen. Auch soll die Zahl der Stellen mit besseren Gehalten nach Möglichkeit vermehrt werden. Der Gehalt der Unterlehrer oder Schulamtsverweser soll je nach der Einwohnerzahl der Gemeinden auf 240, 260 und 280 fl. erhöht werden. Lehrgehilfen sollen 160, 170 und 180 fl. Gehalt bekommen. Endlich ist eine Verstärkung der Ortsschulbehörde theils durch Berufung von Schulmeistern zur stimmberechtigten Theilnahme, theils durch Wahl von Mitgliedern der Schulgemeinde vorgeschlagen.

Hannover, 7. Juni. (Fr. P.-Ztg.) Der Entwurf einer Kirchenvorstands- und Synodalordnung, wie er aus den Berathungen der Vorsynode hervorgegangen, den Ständen vorgelegt war, hatte in der Ersten Kammer mehrere Abänderungen erfahren. Mit diesen stand er heute in der Zweiten Kammer zur Berathung. Neubourg referirte und hob hervor, daß die Stellung der Zweiten Kammer, nachdem die Erste über die in Betreff der Vorlage vereinbarten Ausschußberichte hinausgegangen, eine freiere geworden sei. Gegenseitige Respektirung der kirchlichen und weltlichen Gesetzgebungsgebiete müsse leitender Grundsatz der gegenwärtigen Berathungen sein. Minister Windthorst (Katholik) erklärte, daß er an der Berathung und Beschlußfassung sich nur insoweit betheiligen werde, als das Verhältniß von Staat und Kirche in Betracht komme, über die Verfassungsfrage sich aber jeder Aeußerung enthalten wolle, und empfahl, wie Miquel, der als Reformirter über den wiederhergestellten Frieden in der lutherischen Kirche seine Freude aussprach, alle abändernden Vorschläge um des Friedens im Lande willen abzulehnen; was auch, soweit die Vorlage diskutirt wurde, geschah.

Kiel, 7. Juni. (Nat.-Ztg.) Heute Morgen sind die preußischen Truppen, welche seit Beginn des Waffenstillstandes im Dänisch-Wohld und Schmansen im Quartier lagen, nordwärts gezogen, und dem Vernehmen nach machen auch die hier befindlichen Preußen sich marschbereit.

Aus Schleswig-Holstein, 6. Juni. Man schreibt der „National-Ztg.": „Mit nicht geringem Erstaunen hat man hier die Klagen anscheinend offiziöser Berichterstatter in verschiedenen Blättern vernommen, nach welchen man sich in Berlin hinsichtlich der Bereitwilligkeit unseres Herzogs, auf gewisse preußische Forderungen einzugehen, sehr enttäuscht gefühlt haben soll. Es wird darin erzählt, der Herzog habe sich dem Verlangen gegenüber, seine Zustimmung zur Erhebung Rendsburgs zur Bundesfestung, Kiels zum Bundeshafen, zur Anlegung des Nord-Ostsee-Kanals 2c. zu geben, sehr zurückhaltend benommen, und sich angeblich auf seine Souveränetätsrechte [und die des Bundes] in allen diesen Dingen berufen. Wir glauben diesen offiziösen Mittheilungen einfach nicht, da wir wissen, wie günstig unser einsichtiger Landesherr persönlich die genannten Einrichtungen betrachtet. Was z. B. den Kanal betrifft, so ist der Herzog selbst einer der Ersten gewesen, der eine Wiederaufnahme des alten Plans veranlaßt hat, und es hat ihm u. A. der in der Nähe Altona's lebende Hr. Hansen, der erste Urheber eines auf die Verbindung der beiden schleswig-holsteinischen Meere abzielenden Plans, ausführlichen Vortrag zu halten gehabt. Die Erhebung Rendsburgs zur Bundesfestung, Kiels zum Bundeshafen aber sind Einrichtungen, die für unser Land zu wohlthätig sein würden, und sie werden von der Bevölkerung zu allgemein und lebhaft gewünscht, als daß der Herzog nicht gewillt sein sollte, im Einvernehmen mit seinen Ständen, dem verfassungsmäßigen Organ seiner Länder, das Seinige zur Verwirklichung jener Absichten beizutragen. Wenn daher die erwähnten offiziösen Klagen über eine gewisse gegenwärtige Zurückhaltung unseres Herzogs jenen drei Fragen gegenüber mehr sein sollten, als leere Hirngespinnste, so muß wohl anzunehmen sein, daß diese sich nicht auf eine Abneigung gegen die Sache selbst, nicht auf „Souveränetätsgelüste" oder dergleichen basirte, sondern auf eine wohlberechtigte Erwägung der allgemeinen politischen Verhältnisse, insbesondere vielleicht der augenblicklichen Stellung Preußens, Oesterreichs und des Bundes zur schleswig-holsteinischen Sache und zu einander in Bezug auf jene Bundesangelegenheiten."

In gleichem Betreff schreibt ein sonst oft gutunterrichteter Korrespondent der „Köln. Ztg.": „Die Freunde des Herzogs Friedrich versichern, daß die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen auf Uebertreibungen beruhen. Er habe sich zurückhaltend gezeigt und die Stimme seines Landes zu hören sich vorbehalten. Förmliche Vorschläge von preußischer Seite sollen ihm überdies nicht gemacht worden sein. Man ist über allgemeine Vorbesprechungen allem Anschein nach nicht hinausgekommen."

Berlin, 7. Juni. Man schreibt der „Köln. Ztg.": „Ueber die gestrige Konferenzsitzung hört man, daß die Dänen, großmüthig wie sie sind, in eine Waffenruhe von 14 Tagen zu willigen ermächtigt waren. Dies geschah unter dem Einfluß des dänischen Kalküls, daß die Jahreszeit ihnen günstig sei, ein längerer Waffenstillstand daher möglicher Weise den Deutschen zu Statten kommen werde. Dänemark denkt augenscheinlich an nichts weniger als an einen nahen Friedensschluß. Die deutschen Bevollmächtigten waren nur für einen längern Waffenstillstand mit bestimmter Kündigungsfrist instruirt, der allein für den Handel und die Schifffahrt von Werth sein kann. Die Deutschen nahmen den Vorschlag der vierzehntägigen Waffenruhe ad referendum. Ob es wahr ist, wie der Telegraph meldet, daß Graf Bernstorff zugesagt habe, die vierzehntägige Waffenruhe zu befürworten, steht dahin. Lord Palmerston scheint, nach seiner Aeußerung im Parlament zu urtheilen, an den baldigen Abschluß wenigstens einer neuen Waffenruhe zu glauben. Sonst wurden wieder in der Konferenz, wie versichert wird, die gewöhnlichen Beschwerden der Dänen über die Art und Weise vernommen, wie die Waffenruhe auf Seite der Deutschen ausgeführt würde. Bei uns weiß Jedermann, und auch die Neutralen wissen es, was davon zu halten ist. Im Uebrigen soll über die Grenzlinie ein Gedankenaustausch stattgefunden haben, ohne daß offizielle Vorschläge gestellt wurden. Frankreich soll eventuell die Linie von Flensburg bis Bredstedt, wobei aber Flensburg selbst bei Dänemark bleiben würde, bezeichnet haben. Diese Linie war schon seit einiger Zeit als die sogenannte „französische" in der politischen Welt erwähnt worden, und es hieß, die Neutralen würden sich wahrscheinlich über eine Linie einigen, die zwischen der Schlei-Linie und der von Flensburg-Tondern gelegen wäre. Offiziell hat Frankreich die Linie, so viel man weiß, auch gestern nicht beantragt. Die Dänen sollen etwas weiter hinaufgerückt sein und von Eckernförde-Husum gesprochen haben, aber sie hielten sich auch diesmal die Rückzugslinie auf das Londoner Protokoll ausdrücklich offen. Rußland unterstützt überall Dänemark. Russell bezeichnete schließlich als wünschenswerth, daß sich die Kriegführenden zuvor über die Grenzlinie einigten und die dynastische Frage vorerst offen bliebe. Das Letztere dürfte als das wirkliche, wie man sieht, noch ziemlich problematische Ergebniß der gestrigen Sitzung anzusehen sein. Die Grenzlinie ist in den Vordergrund getreten und die Lösung der dynastischen Frage vertagt. Man bestätigt, daß Frankreich sich der Befragung der Bevölkerung in den gemischten Bezirken zuneigt. Dies beweist ebenfalls, daß Frankreich doch schon an eine höher als die Schleilinie gelegene denkt. Zu der dynastischen Frage ist zu bemerken, daß Rußland auf seine vermeintlichen Rechte zu Gunsten des Großherzogs von Oldenburg in einem förmlichen Staatsakt nur unter der Bedingung verzichtet haben soll, daß der Großherzog sich diesen Verzicht zu Nutzen mache. Schade nur, daß die gesammte deutsche Wissenschaft die Hinfälligkeit der russischen Rechte nachgewiesen hat. Die Gegner des Herzogs Friedrich, der heute hier namentlich zum Besuch Sr. Königl. Hoheit des Kronprinzen erwartet wurde, sollen jetzt wirklich die Kandidatur des Großherzogs der des Herzogs Friedrich gegenüberstellen wollen. Dazu dürfte es aber doch zu spät sein."

◈ **Berlin**, 8. Juni. Dem Vernehmen nach werden im nächsten Herbst die Provinzial-Landtage aller acht Provinzen zusammentreten. Bekanntlich soll die Berufung der Landtage in der Regel alle 2 Jahre erfolgen. Für dies Jahr liegt dazu noch der besondere Anlaß vor, daß nach einer Bestimmung des Grundsteuer-Gesetzes von 1861 die Provinzial-Landtage über die Art der Steuervertheilung auf die einzelnen Gemeinden zu hören sind. Namentlich haben dieselben etwaige Beschwerden der Gemeinden zu prüfen und zu begutachten. — Die noch immer umlaufenden Gerüchte von einer angeblich nahe bevorstehenden Einberufung des Landtags der Monarchie entbehren für jetzt jeder Begründung. Wohl aber ergeben mehrfache Anzeichen, daß im Fall eines etwaigen Wiederausbruchs oder gar einer Erweiterung des Krieges die Versammlung des Landtags in naher Zukunft erfolgen dürfte. — Heute um 11 Uhr traten die hier anwesenden Bevollmächtigten zur Zollkonferenz im Finanzministerium zu einer Sitzung zusammen.

Eine im neuesten Zentralblatt für das Unterrichtswesen enthaltene Ministerialverfügung erklärt, daß Lehrer an städtischen Gymnasien zu Stadtverordneten wählbar seien. Dabei wird aber der Eintritt solcher Lehrer von der Genehmigung der Aufsichtsbehörde abhängig gemacht. — Wie verlautet, ist von Seiten des Kriegsministeriums der Gedanke angeregt, demnächst eine Kommission von Artillerie- und Ingenieuroffizieren zusammentreten zu lassen, welche darüber berathen soll, inwiefern die große Tragweite und die Wirkung der gezogenen Geschütze Aenderungen in dem System der Befestigungskunst nothwendig machen. Bei den hier bevorstehenden Berathungen sollen namentlich die Wahrnehmungen aus den jüngsten Festungskämpfen in Betracht gezogen werden.

Die Ankunft JJ. MM. des Kaisers und der Kaiserin von Rußland wird auf morgen Abend 10 Uhr erwartet. — Der Kultusminister v. Mühler eröffnete heute Vormittag im Dienstgebäude des evang. Oberkirchenraths die von dieser Behörde einberufene Konferenz zur Berathung über die weitere Förderung der Synodaleinrichtungen in der evangelischen Landeskirche. Theilnehmer der Konferenz sind außer den Mitgliedern des Oberkirchenraths und mehreren Beamten des Kultusministeriums sämmtliche Vorsitzende der Konsistorien und sämmtliche Generalsuperintendenten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Stettin, 6. Juni. Gestern inspizirte Se. Maj. der König in Swinemünde die Flottille, wobei einzelne Schiffe von Höchstdemselben einer bis ins Einzelne gehenden Besichtigung unterworfen wurden. Heute früh fand vor Sr. Majestät ein zweistündiges Geschütz- und Segelexerziren des Geschwaders und Aussetzen und Armiren zweier großer Boote der „Arcona" statt. Nach der Beendigung dieser Exerzitien ließ Se. Majestät sich diejenigen Offiziere und Mannschaften vorstellen, welche in Folge des Gefechts bei Jasmund dekorirt worden waren. Bei dieser Gelegenheit sprach der König nach der „N. Pr. Ztg." etwa Folgendes:

Ich bin heute hieher gekommen, um der Marine Meine Anerkennung, Meine Zufriedenheit und Meinen Dank für ihre Leistungen in diesem Kriege auszusprechen. Ihr habt gethan, was mit den geringen Streitmitteln, welche Euch zur Verfügung standen, möglich war. Ihr habt gezeigt, daß der echt preußische Geist des Muths und der Tapferkeit Euch beseelt, wie Eure Brüder der Armee. Ich bin überzeugt, daß Ihr unter der vortrefflichen Führung des Prinzen und Eurer Offizier den Feind schlagen werdet, wenn die Marine stärker und mächtiger geworden sein wird. Ich danke Euch für Eure Tapferkeit, Ich danke Euch für Das, was Ihr bisher gethan habt!

Noch mag beigefügt werden, daß Se. Maj. der König nach der „Stettin. Ztg." während seiner Anwesenheit in Stettin bezüglich der Londoner Konferenz geäußert haben soll: von den neutralen Mächten werde ein Verfahren eingehalten, als wenn die Verbündeten nicht die Sieger, sondern die Besiegten wären.

Frankreich.

♁ **Paris,** 8. Jan. Das „Journ. des Villes et Campagnes" hat wegen eines Artikels über die Angelegenheit des Hrn. Renan eine zweite Verwarnung erhalten. — Dem Vernehmen nach soll, den Berichten des Hrn. v. Moustier zufolge, die Pforte geneigt sein, auf Anrathen Frankreichs über die jüngsten Sünden des Fürsten Kusa den Schleier der Vergessenheit zu ziehen, um so jeder österreichisch-russischen Einmischung zuvorzukommen. — Der Prozeß des Herzogs von Aumale gegen den Polizeipräfekten wegen Herausgabe der willkürlich weggenommenen Blätter der „histoire des Princes de Condé" wird nächsten Samstag vor den kaiserlichen Appellationshof gelangen. — Weit mehr als mit den Konferenzen, als mit Algier und Tunis beschäftigt sich das Publikum mit dem Dr. La Pommerais, und die erste Frage, welche man des Vormittags hört, lautet: „Nun, wurde er heute früh hingerichtet?" Dies war auch heute noch nicht der Fall; doch spricht man davon, daß es morgen geschehen werde, trotz des umlaufenden Gerüchts, daß der Kaiser dem Verurtheilten die Todesstrafe erlassen habe. — Börse ganz geschäftslos. Rente bleibt 67.05; Cred. Mob. 1138; ital. Anl. 79.20.

Niederlande.

Amsterdam, 4. Juni. Das „Amst. H.-Bl." läßt sich aus Nieuwediep von gestern melden: So eben vernimmt man, daß das hier liegende österreichische Geschwader (Schraubenlinienschiff „Kaiser", Panzerfregatte „Don Juan d'Austria", Schraubenkorvette „Friedrich", Raddampfer „Elisabeth" und Schraubenkanonenboot „Wall") am Montag nach Curhaven abgehen soll.

Dänemark.

Kopenhagen, 6. Juni. (Köln. Ztg.) Der König begab sich gestern Nachmittags, wie vorher bestimmt, mit der Königin und den königl. Kindern von der Residenz Bernstorff nach dem Jagdschloß Eremitage, vor welchem bekanntlich die Grundgesetz-Festlichkeiten arrangirt waren. Der Empfang der Huldigungsdeputation erfolgte in Gegenwart der königlichen Familie und der König beantwortete die Ansprache des Wortführers dahin, daß er unverändert eine dänische Gesinnung nähre, die Bestimmungen des dänischen Grundgesetzes bis auf ewige Zeit respektiren, und nur dann dem Abschluß des Friedens zustimmen werde, wenn derselbe unbeschadet der Ehre des dänischen Reichs („Danmarks Riges Are") hergestellt werden könne. Nach kaum einstündigem Aufenthalt verließ dann die königl. Familie das Jagdschloß, um unter dem Hurrahruf der ungeheuren Volksmenge nach dem Schloß Bernstorff zurückzukehren. Hierauf wurden vor dem Jagdschloß, wo eine besondere Rednertribüne erbaut war, politische Reden gehalten, und zwar von dem Etatsrath Broberg (Kaufmann) für den König, von dem Redakteur Ploug für das Grundgesetz, von dem Prof. Hammerich für den „Norden" in eiderdänischem oder skandinavistischem Sinne, von dem Redakteur Rimestad für das „Reich Dänemark" („Danmarks Rige"), und von dem Kaufmann Adler für das Landheer und die Flotte. Zwischen den einzelnen Vorträgen wurden patriotische Lieder gesungen, als deren Verfasser H. P. Holst, Karl Ploug, G. Rothe und Christian Richardt genannt werden.

Am 2. d. M., Morgens, sind vom Skagener Leuchtthurm aus 2 in der Nordsee kreuzende österreichische Korvetten beobachtet worden. Unmittelbar darauf kamen ebendaselbst auch dänische Kriegsschiffe in Sicht. — Die beiden in Aalborg erscheinenden Zeitungen sind auf den Befehl des preußischen Oberkommando's auf 6 Tage, d. h. vom 3. bis zum 9. d. M., suspendirt worden; als Grund nennt man eine Bemerkung über den preußischen Feldgeistlichen in Aarhuus. — In Jütland hat gestern, als am Jahrestage des Grundgesetzes, der Danebrog nicht ausgehängt werden dürfen, wo Preußen kantonniren. Generalleutnant v. d. Mülbe hatte dies unterm 2. d. ausdrücklich verboten.

Kopenhagen, 7. Juni. „Dagbladet" bringt übereinstimmende Mittheilungen aus Jütland, wonach der Höchstkommandirende der Alliirten die Waffenruhe als schon am 9. Juni abgelaufen betrachtet, weil dann seit dem 12. Mai 4 Wochen verflossen sind.

Großbritannien.

* **London,** 6. Juni. Dem Ministerium der Kolonien ist über Alexandria folgendes Telegramm aus Neuseeland, datirt Pukerinu, 4. und 5. April, zugegangen: „General Carey griff am 31. März die Rebellenposition bei Arahan, 7 Meilen von le Aramuse entfernt, an. Der Feind vertheidigte sie zwei Tage lang, worauf er sich mit einem Verlust von 101 Todten und 33 Gefangenen zurückzog. Unser Verlust besteht in 16 Todten und 42 Verwundeten. Oberst Warre hat die Rebellen aus ihrer furchtbaren Position bei Kai Lake, in der Nähe von New-Plymouth, vertrieben, ohne einen Mann zu verlieren. General Cameron nahm eine stark verschanzte Position der Rebellen bei Mangatantan am obern Wackato." Nichtamtliche Telegramme lauten verschieden; doch ist es nicht klar, ob sie sich auf dieselben, oder vielleicht auf spätere Kämpfe beziehen. In Melbourne war am 25. April bekannt, daß die Eingebornen bei Maungatawhiri besiegt worden seien, dagegen bei Tarachi den englischen Truppen eine Niederlage beigebracht hätten. Der Verlust in beiden Gefechten betrug brittischer Seits 80 Mann; den Schluß des Feldzugs erwartete man in der nächsten Zukunft noch nicht.

* **London,** 7. Juni. Parlamentsverhandlungen vom 6. ds.

Im Unterhaus wünscht Osborne vom Premier zu erfahren, ob die Konferenz irgend eine Entscheidung bezüglich der Aufrechthaltung des Londoner Vertrages getroffen habe, und ob der Waffenstillstand zwischen Deutschland und Dänemark verlängert worden sei. Lord Palmerston erinnert, was den ersten Theil der Interpellation betrifft, daß die Bevollmächtigten beschlossen haben, bis zum Ende der Konferenz ihre Verhandlungen geheim zu halten. Was den andern Theil der Frage anbelangt, so dürfe er mittheilen, daß man noch nichts verabredet habe, um den am 12. ablaufenden Waffenstillstand zu verlängern; aber es sei guter Grund zu hoffen, daß dies bei der nächsten Zusammenkunft der Konferenz geschehen werde. (Hört! Hört!) — Auf einige weitere Anfragen sagt er: Es ist noch kein Tag für die nächste Sitzung festgestellt, weil die Bevollmächtigten Antwort auf die Depeschen erwarten, die sie an ihre betreffenden Höfe abgesandt haben. Wir haben jedoch keinen Grund zu zweifeln, daß die Konferenz wieder eine Sitzung halten wird, bevor der Waffenstillstand abgelaufen ist. — Nach einigen unbedeutenden Zwischengeschäften erneuert Lord H. Lennox die Konversation über die dänische Frage, indem er bemerkt, daß, wenn auch Ihrer Majestät Regierung Stillschweigen über den Gegenstand beobachte, dies die Wiener und Berliner Blätter nicht abhalte, ihren Lesern mitzutheilen, was in der Konferenz vorgegangen sei oder vorgegangen sein solle. Somit frage er, ob sein ehrenwerther und tapferer Freund (Osborne) versprechen wolle, baldigst die Sache vor das Haus zu bringen und den edlen Lord Premier zur Ertheilung einiger Auskunft darüber zu veranlassen, ob die Angaben auswärtiger Blätter über die Konfernz wahr seien oder nicht, und ob es Thatsache sei, daß Ihrer Majestät Regierung, die zu Anfang der Session sich mit toller Leidenschaft für die Aufrechthaltung des Londoner Vertrages und der Integrität Dänemarks ausgesprochen, jetzt in einer Konferenz sitze, die weder heute noch Donnerstag sitzen werde, außer mit dem Einverständniß, daß der Vertrag von 1852 vernichtet werden soll. (Cheers.) — Osborne kann sich von der vorhin erhaltenen Antwort nicht befriedigt erklären. Die Konferenz sei veranstaltet worden, weniger um die Integrität der dänischen Monarchie, als die Integrität der Ministerbank aufrecht zu halten (hört! hört!), weniger um die Zerstückelung Dänemarks, als die des Kabinets zu verhindern. (Cheers und Lachen.) Es sei endlich Zeit, daß das Haus etwas Bestimmtes über den Stand der Dinge erfahre. (Hört! Hört!) Während der unbedeutendste Einwohner einer kleinen kontinentalen Hauptstadt aus seiner Zeitung sehe, was in London verhandelt wird, seien die Engländer, die Unterthanen eines konstitutionellen Souveräns, diejenigen, die in ganz Europa am schlechtesten über diese Angelegenheit unterrichtet seien. (Cheers.) Disraeli folgt in demselben Tone und wirft der Regierung in bittern und höhnenden Worten vor, daß sie eine weit mehr als nothwendige Schweigsamkeit beobachte. Er habe in einer deutschen Zeitung einen ausführlichen Bericht über alle Konferenzverhandlungen gesehen. Er würde es sonst für eine tolle Hypothese halten, daß dasselbe Ministerium, welches vor fünf Monaten Frankreich zu bewegen suchte, im Bunde mit England thätig für Dänemark einzuschreiten und vielleicht einen europäischen Krieg zu beginnen, seine Schützlinge so ganz im Stich gelassen habe. Noch vor kurzem habe es gelobt, nicht auf die Konferenz zu gehen, außer mit dem Einverständniß, daß die Unabhängigkeit Dänemarks gewahrt werden müsse, und nun schlage es selber die Theilung dieses Königreichs vor. Lord Palmerston: Wir haben da einen großartigen Ausbruch tugendhafter Entrüstung (O! und Cheers!) von dem sehr ehrenwerthen Gentleman vernommen, der sehr wohl weiß, daß er mich da angreift, wo ich mich nicht vertheidigen kann. Er weiß es, weil er selbst im Amt gewesen ist. Er weiß, daß mir in diesem Augenblick die Zuge gebunden ist, und daß ich seine Angriffe nicht erwiedern kann. (Cheers.) Der sehr ehrenwerthe Gentleman sagt, wir hätten keine Politik. Nun, ich fordere ihn auf zu sagen, worin seine Politik besteht. (Laute Cheers.) Er sage doch gradheraus, was seiner Meinung nach die Regierung thun sollte; dann werde ich ihn für aufrichtig halten. Wir Alle wissen, was eine Unterhandlung zu bedeuten hat, namentlich eine Unterhandlung mit mehreren Mächten, die verschiedene Ansichten und Interessen haben, und wie leicht eine fortwährende Mittheilung Dessen, was von einem Tage zum andern in der Konferenz vorgeht, ihren Zweck, die Erhaltung des europäischen Friedens, gefährden kann. (Cheers.) Trotz der Sticheleien des sehr ehrenwerthen Gentleman werde ich mich nicht verleiten lassen, die mir obliegende Pflicht zu verletzen und den Gang der Unterhandlungen zu behindern. (Cheers.) Lord Rob. Cecil u. a. konservative Mitglieder setzen die Angriffe fort. Aber Kinglake billigt die Zurückhaltung des Premiers und hofft, er werde in derselben verharren. Das Haus geht darauf zu andern Gegenständen über.

Amerika.

* **New-York,** 24. Mai. Der Pariser „Moniteur" bringt eine ausführliche Mittheilung über die letzten strategischen Operationen der beiden in Virginien sich gegenüber stehenden Armeen. Dieselben sind geeignet, über die bis dahin aus den Telegrammen nur unklar hervortretenden Bewegungen Grant's und Lee's einiges Licht zu verbreiten, wenn sie auch das endliche Ergebniß dieser gewaltigen Kämpfe noch nicht mit Sicherheit voraus sehen lassen. Es heißt darin:

Beide Heerführer halten mit äußerster Zähigkeit an ihrem anfänglichen Programme fest. Lee hält sich so lang als möglich in den festen Stellungen, die er sich seit langer Zeit in dieser unzugänglichen Gegend gebaut hat, und weicht nur stets im letzten Augenblick, von dem Rapidan nach dem Mine Run, von Spotsylvania nach dem Po, von da nach den Armen des Anna River zurück, und hat immer noch eine letzte, furchtbare Schanzenkette einige Tausend Meter vor Richmond in seiner Rückzugslinie. Grant dringt mit unbezähmbarer Energie vorwärts, so daß der gegenwärtige Feldzug kaum etwas Anderes, als eine ununterbrochene Reihe von Belagerungen verschanzter Lager ist.

Das wichtigste und eigenthümlichste Moment dieser modernen Kriegsführung bleibt auch dieses Mal wieder die Eisenbahn. Beide Armeen drangen bis jetzt längs eines Schienenwegs vor, der sie je in Verbindung mit ihrer Hauptstadt setzt, und ihnen die außerordentlichsten Vortheile für Heranziehung von Verstärkungen und Vorräthen, für Fortschaffung von Verwundeten und Gefangenen gewährt. Durch das seitherige Zurückweichen Lee's ward nun Grant, um ihm auf den Fersen zu bleiben, genöthigt, von seiner Eisenbahn sich zu entfernen, und setzte sich dadurch einer Menge großer und kleiner Verlegenheiten aus, die er nicht vermeiden konnte und die Lee wohl vorausgesehen haben mochte. Grant sah zuletzt ein, daß er, wenn er auch selbst als Sieger den Feind immer in der Front zurückdrängen würde, sich doch zuletzt in eine schwierige Lage versetzen und Lee alle Vortheile in die Hand geben würde, die ihm selber entzogen blieben.

Er entschloß sich also ohne langes Bedenken zu einem kühnen Zuge. Bereits am 19. d., Abends, schwebte er in der Gefahr, daß Ewell seine Verbindung mit Fredericksburg abschnitt. Seinerseits versucht er nun, Lee von Richmond abzuschneiden, und dies ist die große Bewegung, die gegenwärtig in voller Ausführung begriffen ist. Zu diesem Zweck hat der General des Nordens gegen den linken Flügel zu seine Truppenmassen gehäuft und rasch nach Guinea-Station, 12 Meilen von Fredericksburg, auf die nach Richmond führende Eisenbahn geworfen. Diese Bewegung begann in der Nacht vom 20. auf den 21. General Hancock, der den Vortrab führte, schlug eine mit dem Ny (einem Zufluß des Mattapony) parallel laufende Straße ein, und rückte auf Guinea-Station los, nachdem er sich unterwegs der Guinea's-Bridge über den Mattapony beim Zusammenflusse des Ny und des Po bemächtigt. Dann rückte er nach Milford vor, das 18 Meilen von Fredericksburg liegt. Dort stand er noch nach den letzten Nachrichten, und die übrigen Korps der Grant'schen Armee sollten zu ihm stoßen. Nachdem Grant auf diese Weise den rechten Flügel Lee's umgangen, sucht er diesem offenbar an Schnelligkeit vorzuthun und vor ihm Saxton's-Junction, wo die beiden Linien nach Richmond sich kreuzen, zu erreichen, obgleich Lee nach diesem Punkt einen kürzern Weg zurückzulegen hat (und ihn, nach den letzten Telegrammen, auch bereits erreicht hat). Außerdem marschiren Longstreet und Ewell in paralleler Richtung mit der Nordarmee und können eine günstige Gelegenheit zu einem Flankenangriff benützen, oder dieselbe, wenn sie den Vorsprung gewinnen, an dem North-Anna-River aufhalten. Während dieser Zeit kann Lee seinen Gegner entweder in der Nachhut angreifen, oder nach Fredericksburg gehen, oder seinerseits Grant von der Verbindung mit Washington abschneiden. Die Bewegung des Unionsgenerals ist also nicht ohne Gefahr, und man muß seine große Verwegenheit kennen, um sich seinen Vorwärtsmarsch erklären zu können.

Nach dem Zeugniß des Moniteur-Korrespondenten wird Grant von Meade ausgezeichnet unterstützt, nicht so von Sigel, der bereits durch Hunter ersetzt wurde und dessen schleuniger Rückzug auch die bis dahin siegreichen Generale Avril und Crook mit zurückgerissen hat, und von Butler, der, anstatt das Fort Darling zu blokiren, in seiner eigenen Position von Beauregard hart bedrängt wird.

Am glücklichsten von allen Generalen Grant's war bis jetzt Sherman, dessen trefflich ausgerüstete und geführte Armee Johnston fortwährend auf dem Nacken sitzt und nur noch 40 Meilen ungefähr von Atalante stehen soll.

Die Flotte des Admirals Porter ist aus den Stromschwellen des Red River glücklich wieder herausgekommen und liegt in Sicherheit wieder an der Mississipi-Mündung. Banks hat Alexandria geräumt und niedergebrannt. Er geht nach Neu-Orleans zurück; General Canby übernimmt an seiner Stelle den Oberbefehl über das seither so unglücklich geführte Heer.

Im Ganzen läuft das Urtheil des Korrespondenten dahin, daß Grant wohl zumeist auf sein eigenes Heer rechnen muß, um sich den Weg nach Richmond zu eröffnen, was, unter den gegebenen Bedingungen, eine der schwierigsten Aufgaben sei.

* **Neu-York,** 28. Mai. (Per „Hibernian".) Die einzige Auskunft, welche von Grant's Armee ins Publikum gekommen ist, besteht in einem kurzen Bericht des Kriegsministeriums, daß am Morgen des 26. d. wichtige Operationen stattgefunden haben, die jedoch einstweilen geheim zu halten seien. Angeblich marschirt Grant nach der Halbinsel hin vor, und ein baldiger entscheidender Schlag wird erwartet. Lee's Position erstreckt sich von Little Swamp nach Little River; sein Zentrum ist Lexton's Junction. Die Bundesarmee hat ihre Magazine von Fredericksburg und Acquia Creek näher nach dem Hauptquartier Grant's hin verlegt. General Pope marschirt mit 6000 Mann nach dem Shenandoah-Thal, um von dort aus Operationen zu beginnen. — Der südstaatliche Guerillageneral Mosby hat auf einem Streifzuge die Brücken und Blockhäuser von Union Mills nach dem Rapidan zerstört. — General Sherman ist der Johnstone'schen Position bei Alboona am Ettowahfluß in die Flanke gerückt. Es heißt, Johnstone wolle sich nicht auf einen Kampf einlassen, sondern beabsichtige mit seinen Truppen die Lee'sche Armee zu verstärken.

Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 4. Juni. 17. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.

Unter dem Vorsitz des durchlauchtigsten Präsidenten, Sr. Großh. Hoheit des Prinzen Wilhelm von Baden. (Fortsetzung.)

Schluß der Rede des Geh. Raths Dr. Bluntschli: Ich bin nicht der Meinung, daß das Interesse der Großgrundbesitzer es sei, was eine Vertretung erfordert. Ich weiß nichts von einem solchen Interesse, das ein eigenthümliches, vielfach von dem Interesse des kleinen Grundbesitzes verschiedenes wäre, das nicht auch in der allgemein demokratischen Vertretung seine Stelle fände; aber Das weiß ich, es ist ein wirklich aristokratisch gebildeter, selbständig feststehender Bestandtheil der Bevölkerung, und deßwegen muß er vertreten sein. Man gibt das auch im Allgemeinen zu. Aber dieses Element wirkt jetzt nicht allein, sondern auch die große Industrie, und aus dem gleichen Grunde, weil die große Industrie einen ähnlichen Charakter annimmt, wünsche

ich deren Vertretung nicht wegen ihrer Interessen, obgleich auch das mitläuft, sondern weil das eine gewisse politische Lebensanschauung, einen gewissen Blick in die Welt, eine gewisse Selbständigkeit des Gedankens gibt und diese Eigenthümlichkeiten ihre Vertretung in einer Ersten Kammer finden sollen, und es gut ist, wenn solche Elemente mitwirken.

Auch bei den Universitäten und der Kirche ist das Interesse nicht das primäre, sondern das sekundäre; die hohe Bildung, die geistige Bedeutung sind das entscheidende. Das sind alles Elemente, die naturgemäß einer Minderheit im Volke angehören, aber einer bevorzugten, ausgezeichneten Minderheit, und die eben deßwegen bei der Gesetzgebung eine hervorragende Beachtung verdienen.

Das gesteh' man zu — nur nicht für die Städte, und doch ergibt sich dieselbe Bedeutung ganz von selbst auch für die größern Städte. Es ist nicht zufällig, wenn ihnen in vielen andern Verfassungen diese Bedeutung eingeräumt wird. Die großen Städte — leider haben wir keine wirkliche Großstadt — sind eigenthümliche Kulturmittelpunkte, welche sich in wesentlicher Beziehung über alles Andere erheben.

Wenn der große Grundbesitz, die Fabrikation und der Handel, inwiefern sie eine gewisse Mittelstufe übersteigen und in die Höhe gehen, eine besondere Berücksichtigung verdienen, weßhalb sollten Existenzen wie die großen Städte, die so mächtig wirken auf die gesammte Kultur eines ganzen Landes, in dieser ihrer hervorragenden Eigenschaft nicht gewürdigt werden? Haben wir doch in der bisherigen Gesetzgebung bereits einen ähnlichen Gedanken verwirklicht, indem wir den Städten in der Kreisversammlung eine eigenthümliche Stellung eingeräumt, weil man angenommen hat, es ist das etwas Spezifisches und wünschenswerth, der ländlichen Repräsentation, damit sie nicht ein zu großes Gewicht erhalte, eine städtische ergänzend an die Seite zu stellen.

Wenn dem Großgrundbesitz eine so starke Repräsentation eingeräumt wird, so ist es wohl auch nöthig, den andern Elementen der Kultur, also auch den Städten eine Repräsentation zu gewähren; dadurch wird das Gleichgewicht dann hergestellt, denn es gibt dann drei große Gruppen in die Alles sich theilt: die Gruppe des Großgrundbesitzes, eine solche, die von den ihrer rein persönlichen Eigenschaften wegen Ernannten gebildet wird, und die dritte, eine vorzugsweise städtische Bildungsgruppe, die den Vertreter der Industrie, der Universitäten und der Städte umfaßt. Es kommt dazu, daß man bei der Organisation darauf denken muß, daß keine Disharmonie zwischen beiden Kammern erzeugt, oder, wenn eine solche entsteht, wie sie beseitigt, wird und zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Harmonie zwischen beiden Kammern ist es sehr förderlich, wenn die großen Städte als solche eine Vertretung erhalten.

Das große Glück unseres Landes ist, daß diese Harmonie besteht, das furchtbare Unglück anderer Länder, daß sie fehlt. Für den Fall einer Divergenz beider Kammern ist gerade dieses Element seiner ganzen Natur nach durch seinen Zusammenhang mit der Bevölkerung berufen, bei der Auflösung oder auch bei Erneuerungswahlen für die Harmonie zu sorgen, die Einheit, wenn sie irgendwie Schaden gelitten, wieder herzustellen.

Nach all diesen Seiten hin ist der Vorschlag überlegt, und ich würde es für nachtheilig halten, wollte man diesen Stein aus dem Gefüge herausreißen. Man kann sagen, unsere Städte sind noch nicht so groß; wohl, aber sie werden steigen, sie werden wachsen, und ich fürchte weniger, wenn wir eine vielleicht gegenwärtig noch nicht dringliche Einrichtung treffen, die aber Wachsthum in sich hat, als daß wir etwas festsetzen, was durch neues Wachsthum sich als ungehörig erweist und beseitigt wird.

Wie sich der Herr Opponent die Erste Kammer denkt, ist sie eine Art Staatsrath, welcher der Zweiten Kammer und der Regierung an der Seite stände und der ersteren unter Umständen gegenüber träte; denn ein Staatsrath ist eine einheitlich von dem Staatsoberhaupt aus und um dasselbe her aufgestellte Körperschaft. Das wünschte ich aber nicht, ich möchte, daß die Einheit im ganzen Staate erhalten bleibe, und die ganze Motion hat gerade diesen Grundgedanken zum Ziel.

Diese Einheit ist nicht mißzuverstehen; wenn es sich um gesetzgeberische Thätigkeit handelt, ist es nothwendig, daß verschiedene Standpunkte und Ansichten sich äußern. Die Kritik muß Mannigfaltigkeit haben, die Einheit wäre verderblich. Jede Prüfung muß mannigfaltig sein; in der schließlichen Entscheidung muß aber die Einheit hervortreten, und die ganze Organisation ist darauf berechnet: auf der einen Seite die Mannigfaltigkeit der Prüfung von einem höhern Standpunkt aus, als dem der gewöhnlichen Durchschnittsmeinung zu ermöglichen, auf der andern Seite doch dafür zu sorgen, daß die Einheit der Gesetzgebung schließlich keinen Schaden leide.

Staatsminister Dr. Stabel: Die politisch legislativen Rücksichten, auf denen nach unserer Verfassung die Zusammensetzung der Ersten Kammer beruht, sind zu bekannt, als daß sie einer nähern Erörterung bedürften.

Die Vorschläge der Motion bezwecken nun in keiner Weise, die Haupttendenzen zu alteriren, die unsere Verfassung bei Gründung der Ersten Kammer im Auge hatte; im Gegentheil, sie wollen dahin wirken, daß der Zweck, den die Verfassung erstrebte, kräftiger und wirksamer erreicht werde. Die Motion und der Bericht enthalten eine Art Selbstbekenntniß, daß dieses hohe Haus bei seiner gegenwärtigen Zusammensetzung sich nicht vollständig im Stand fühle, den Anforderungen zu genügen, die die Verfassung an dasselbe stellt.

Dieses Selbstbekenntniß ist, wenn es von dem ganzen hohen Hause getheilt wird, ein Moment von höchster Bedeutung, und so wichtig, daß die großh. Regierung schon deßhalb nicht umhin kann, die zu machenden Vorschläge in die ernsteste Erwägung zu ziehen.

Sie ist zudem — wie sie schon früher ausgesprochen — selbst der Meinung, daß in der That in der Zusammensetzung der Ersten Kammer Manches mangelhaft und der Verbesserung bedürftig sich findet. Es muß ihr jedoch von hohem Interesse sein, zunächst die Ansichten dieses und des andern Hauses zu hören, ehe sie sich ihrer Initiative bedient, um Gesetzvorschläge über eine Abänderung der Verfassung nach dieser Seite hin zu machen.

Sie ist, wie Sie hieraus sehen, einer solchen Abänderung nicht abgeneigt; allein die Grundgedanken der Verfassung müssen aufrecht erhalten bleiben, wenn auch die Mittel zu deren Verwirklichung modifizirt werden, und selbstverständlich muß hier mit der größten Umsicht verfahren werden, was um so eher geschehen kann, wenn man die Ansichten beider Häuser gehört haben wird.

Was die Vorschläge im Einzelnen betrifft, so ist bezüglich deren Diskussion darauf aufmerksam zu machen, daß es sich nicht um Gesetzentwürfe, sondern nur um Wünsche und Gutachten handelt, die die Regierung bei ihrem künftigen Entwurf beherzigen soll. Sie kann sich deßhalb nicht definitiv über den Inhalt derselben jetzt schon äußern und über Das, was sie thun oder lassen wird, keine bindende Erklärung abgeben.

Ich mache hierauf aufmerksam, damit es erklärlich werde, wenn die großh. Regierung sich nicht bei jedem einzelnen Vorschlag, der zur Sprache kommt, bestimmt darüber ausspricht, ob sie ihn gutheißt oder nicht. (Fortsetzung folgt.)

†† Karlsruhe, 9. Juni. 56. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Ministeriums des Innern, Staatsrath Dr. Lamey; Ministerialrath Cron.

Nach Eröffnung der Sitzung werden folgende Petitionen angezeigt:

1) Bitte einer Gemeinde des Amtsbezirks Eppingen, um Beschleunigung der Schulreform.

2) Bitte aus der Gemeinde Neckarbischofsheim, die Meckesheim-Jartfelder Eisenbahn betreffend, um Nichtgenehmigung des mit Württemberg abgeschlossenen Staatsvertrags.

Der Präsident theilt mit, daß von den Abtheilungen folgende Kommissionen gewählt wurden: für den Gesetzentwurf, wonach die den Grundherren zu leistende Entschädigung auf die Amortisationskasse zu übernehmen ist, die Abgg. Diez, Wahrer, Frick, Heidenreich und Friderich; für die Feuerversicherungs-Motion: Gschrey, Paravicini, Achenbach, Bär, Wundt; für die Schulvorlage: Häusser, Fauler, Achenbach, Seiz, Buhl. Die letztere Kommission wird auf Antrag des Abg. Häusser verstärkt und dazu weiter von 51 Abstimmenden gewählt die Abgg. Allmang mit 45, Gschrei mit 41, Kirsner mit 41, Kimmig mit 31 Stimmen.

Abg. Gerwig zeigt den druckfertigen Bericht über das außerordentliche Budget an.

Die Tagesordnung führt zur Berathung des vom Abg. Röder erstatteten Berichts über das außerordentliche Budget des Ministeriums des Innern, Tit. XVIII. Wasser- und Straßenbau. Die geforderten 434,696 fl., welche zur Unterhaltung und Verbesserung der wichtigeren Vizinalstraßen bestimmt sind, werden nach einigen kurzen Bemerkungen der Abgg. Behaghel und Schaaff genehmigt.

Die Tagesordnung führt weiter zur Erstattung von Petitionsberichten.

1) Abg. Lamey (Pforzheim) berichtet über die Bitte der Mehrheit der Bürger von Oberflockenbach um Vereinigung der dortigen Konfessionsschulen, und die Bitte der Minderheit der Bürger um Beibehaltung der Trennung. Die Kommission beantragt, die Petition der Mehrheit dem großh. Staatsministerium zur Berücksichtigung zu überweisen, über die Petition der Minderheit aber zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Prestinari glaubt, daß zunächst die Vorfrage der Enthörung zu entscheiden sei, ehe die Kammer sich mit dem Materiellen der Frage beschäftige.

Abg. Knies: In dem vorliegenden Fall wäre es Sache der Petenten gewesen, auf dem gesetzlich normirten Wege voranzugehen, wonach, wenn die Majorität jeder der beiden Konfessionen für gemeinschaftliche Schulen ist, sie die Vereinigung beim Oberschulrath verlangen können.

Abg. Allmang hebt die Mißstände der Trennung der Schulen nach den Konfessionen in den kleineren Orten des Odenwaldes hervor.

Abg. Kusel: Da nach der Verfassung die hier nicht nachgewiesene Enthörung eine absolute Voraussetzung ist, damit eine Bitte in der Kammer zur Berathung komme, so beantrage er mit Aussetzung jedes Eingehens auf die Beschwerde wegen mangelnder Enthörung über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. v. Feder kann sich mit dieser Anschauung nicht befreunden, da die betreffende Verfassungsbestimmung sich blos auf Beschwerden wegen Verletzung verfassungsmäßiger Rechte beziehe, und unterstützt den Kommissionsantrag.

Abg. Fröhlich stimmt der Ansicht des Vorredners bei. Aus der Petition selbst gehe hervor, daß die Betretung des durch die Verordnung vorgeschriebenen Weges über die Umwandlung der Konfessionsschulen in gemischte hier nichts nütze. Die Kommission sei deßhalb der Ansicht gewesen, daß die Regierung hier helfen könne, indem sie diese Bestimmung abändere. Da es sich nämlich um eine bloße Verordnung und nicht um ein Gesetz handle, so könne die Regierung dieselbe beliebig abändern.

Staatsrath Lamey bestreitet, daß der Regierung allein das Recht zustehe, die Bestimmung über die Vereinigung der Konfessionsschulen zu ändern; dies könne nur auf dem Weg des Gesetzes geschehen.

Abg. Kirsner ist der Ansicht, daß zunächst die formelle Frage zu entscheiden sei.

Der Antrag des Abg. Kusel wird hierauf mit 30 Stimmen angenommen.

2) Abg. Fingado berichtet über die Bitte der Gemeinden Mosbach, Buchen und Oberschefflenz um Revision der Verordnungen über die von den Eigenthümern der wegen ansteckender Krankheit auf polizeiliche Anordnung getödteten Thiere anzusprechende Entschädigung. Die Petition wird nach dem Kommissionsantrag dem großh. Staatsministerium zur Kenntnißnahme überwiesen.

3) Abg. Fingado berichtet weiter über die Bitte der Gemeindevorsteher des Amtsbezirks Ueberlingen um Revision des Gesetzes über das Recht zur Verehelichung.

Der Antrag auf Tagesordnung wird angenommen.

4) Abg. Kopfer erstattet Bericht über die Bitte der Gemeinde Handschuchsheim und 23 weiterer Gemeinden, den Verkehr über den Neckar bei Heidelberg betreffend. Der Kommissionsantrag auf Tagesordnung wird angenommen, nachdem Abg. Bär darauf hingewiesen, daß der Verkehr über die so hoch ansteigende Brücke in Heidelberg sehr erschwert sei und dringend einer Erleichterung bedürfe.

5) Abg. Allmang berichtet über die Bitte der Gemeinde Ringsheim um Errichtung einer Haltstation. Der Kommissionsantrag auf Tagesordnung wird angenommen, nachdem der vom Abg. Gschrey gestellte Antrag auf Ueberweisung an das Staatsministerium ohne Unterstützung geblieben.

6) Abg. v. Feder berichtet über die Bitte der Gemeinden Singen, Meßkirch und Lörrach, um Einberufung eines deutschen Parlaments. Die Kommission beantragt empfehlende Ueberweisung der Bitte an die großh. Staatsregierung.

Abg. Prestinari ist mit der Ausführung des Kommissionsberichts einverstanden, hätte aber eine andere Form der Ueberweisung gewünscht.

Abg. Moll erklärt sich mit dem Kommissionsantrag einverstanden.

Abg. Häusser: Die Frage ist allerdings schon häufig besprochen worden, allein es gibt gewisse Dinge, die nicht oft genug wiederholt werden können.

Die Schaffung eines deutschen Parlaments ist eine Nothwendigkeit, allein die Schwierigkeiten sind bedeutend, zunächst die große Abneigung der Regierungen gegen eine wahrhaft nationale Vertretung.

Auch die großh. Regierung, welche in dieser Frage mit so nationalem Sinn gewirkt, hat darin Erfahrungen gemacht.

Ein zweites Hinderniß ist die Verbindung des deutschen Parlaments mit der nothwendigen Zentralgewalt, ohne welche das Parlament machtlos und daher bedeutungslos wäre. Die eine Frage kann ohne die andere nicht gelöst werden. Hier stehen wir aber den weit auseinandergehenden politischen Meinungen und Parteien gegenüber.

Nur wenn die Einsicht oben und unten durchgedrungen ist, daß dies die einzige Rettung in der Gefahr sei, erst dann wird die Erreichung des Ziels nahe sein. In solchen Momenten, wie der jetzige, und bei Fragen, wie die schleswig-holsteinische, wird allerdings der Mangel einer deutschen Nationalvertretung so recht fühlbar, und der Moment ist recht dazu angethan, die Forderung darnach zu erneuern, damit die Nation ein Organ habe, um ihre Ansicht, ihre berechtigten Wünsche kund zu geben.

Ihm wenigstens sei es ein bitteres Gefühl, daß über eine wesentlich deutsche Sache europäische Mächte zu Konferenz sitzen. Ein ähnlicher Versuch Frankreich gegenüber habe 1792 die ganze französische Nation unter Waffen gerufen.

Was den neuerdings aufgetauchten Plan der Theilung Schleswigs betreffe, so könne Deutschland, ohne seine Ehre preiszugeben, nur dann darauf eingehen, wenn Schleswig selbst erklärt, in eigenem Interesse sei eine Theilung wünschenswerth. Noch immer aber thut die oberste Zentralbehörde nichts, der Deutsche Bund befindet sich in demselben gelähmten Zustand, in den er sich durch seine Abstimmung vom 4. Jan. selbst gebracht hat.

Redner erklärt schließlich, er halte es für geboten, die Gelegenheit nicht vorübergehen zu lassen, um auch in diesem Hause zu konstatiren, daß die Meinungen in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit sich nicht geändert haben, daß man noch jetzt, wie früher, nur in dem vollen Recht, dem ewig ungetheilten Zusammenbleiben der Herzogthümer, die definitive Lösung der Frage sehe.

Abg. Roßhirt ist mit den Ausführungen des Vorredners in Beziehung auf Schleswig-Holstein vollständig einverstanden. Nur das volle Recht der Herzogthümer ist die einzig mögliche Lösung, es sei denn, daß die Herzogthümer sich selbst anders entscheiden.

Abg. Kirsner will nur konstatiren, daß, wenn im Haus über diese Frage Niemand mehr das Wort ergreife, dies nicht etwa aus dem Grund geschehe, weil man anderer Meinung, sondern aus dem umgekehrten Grund, weil in der schleswig-holsteinischen Sache das ganze Haus mit der vom Abg. Häusser entwickelten Anschauung einverstanden sei.

Der Kommissionsantrag wird hierauf einstimmig angenommen.

Schluß der Sitzung.

†† Karlsruhe, 9. Juni. 57. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 11. Juni, Vormittags 11 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts des Abg. Kuntz über die von der großh. badischen Regierung mit der k. k. österreichischen und der k. preußischen Regierung abgeschlossenen Etappenkonventionen.

Baden.

Karlsruhe, 8. Juni. Die Organisation des landw. Vereins wird nunmehr bald vollendet sein. Hr. Staatsrath Vogelmann hat sich bereit erklärt, die Stelle eines ersten Präsidenten auf unbestimmte Zeit anzunehmen, und der Centralausschuß ist auf den 16. d. M. hieher berufen worden, um die Spitze des Vereins zu vervollständigen. Ihm liegt nämlich die Wahl eines zweiten Präsidenten und der Vorschlag des Generalsekretärs ob. Mit dem Vollzug dieser Obliegenheiten ist der landw. Verein fertig gebildet und dessen Trennung vom Staat tritt alsdann in Wirksamkeit. Der Namen der Centralstelle geht auf die Spitze des Vereins über und die landw. Staatsstelle wird eine Abtheilung des Handelsministeriums, in welcher Stellung sie sich, genau genommen, schon seit Neujahr befindet.

Vermischte Nachrichten.

— Nürnberg, 7. Juni. Nach längerer Unterbrechung hat gestern wieder eine Versammlung des hiesigen Schleswig-Holstein-Vereins stattgefunden. Die nachstehende, vom Ausschuß vorgeschlagene Resolution: „Wir protestiren gegen jede von der Londoner Konferenz ausgehende Theilung Schleswigs, wenn sie nicht die Zustimmung der abzutrennenden Bevölkerung hat", wurde einstimmig angenommen und das Einverständniß mit dem jüngsten Aufruf des Zentralausschusses erklärt.

— Dresden, 5. Juni. In einer sehr zahlreich besuchten Volksversammlung wurden heute folgende Resolutionen einstimmig beschlossen:

„1) In Erwägung, daß in der Konferenz von nichtdeutschen Mächten eine Theilung Schleswigs vorgeschlagen sein soll, erklärt die Volksversammlung vom 5. Juni in Dresden: Jede Theilung Schleswigs und jede Abtrennung eines, wenn auch noch so geringen Theiles schleswig'schen Bodens, zumal ohne Zustimmung des gesammten schleswig-holstein'schen Volkes und der betreffenden schleswig'schen Bevölkerung für eine schmachvolle Verletzung der Ehre des deutschen Volkes sowohl, als des Rechts der Herzogthümer Holstein und Schleswig auf ewige Zusammengehörigkeit in ihrer vollen Integrität. 2) Die Volksversammlung erklärt ferner das nicht nur von grober Unwissenheit, sondern von absichtlicher Entstellung der Thatsachen zeugende Benehmen des größten Theils des englischen Volks und Parlaments und besonders der englischen Presse gegen das deutsche Volk und dessen Vertreter, sowie gegen die deutschen Truppen für eine nicht nur eines neutralen Staats, sondern eines gebildeten Volks überhaupt unwürdige Verletzung des Rechts und Anstandes."

— Hannover, 5. Juni. (N. H. A.) Die diesjährige Versammlung des deutschen Eisenbahn-Vereins wird in den Tagen vom 4. bis 10. August d. J. in Hannover abgehalten werden, wozu im vorigen Jahr Se. Maj. der König die Salzburger Versammlung hatte einladen lassen. Dem Vernehmen nach wird solche zahlreich besucht werden, indem bis jetzt schon mehr als 150 Theilnehmer angemeldet sein sollen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

8. Juni.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27" 8,86'''	+14,0	S.W.	schw. bew.	heiter, mild
Mittags 2 „	„ 8,87'''	+18,0	„	stark „	Sbl., Strichreg.
Nachts 9 „	„ 9,03'''	+14,0	„	ganz „	trüb, Regentropf.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

In der **G. Braun'schen Hofbuchhandlung** in **Karlsruhe** ist zu haben:

Sommerfahrtenplan

der großh. **badischen**, der königlich **württembergischen** Staatseisenbahnen und der **Main-Neckar-Bahn**, mit den linksrheinischen Influenzen, sowie den anschließenden **Dampfboot-, Eilwagen-, Postomnibus-** und **Cariolpost-Verbindungen.**

Preis 3 kr.

Z.k.357. Lahr.

Lahrer Eisenbahngesellschaft.

Einladung.

Auf den Grund der am 7. März d. J. beschlossenen Statuten, wovon jedem der Herren Aktionäre ein Abdruck mitgetheilt wird, laden wir dieselben zu einer Generalversammlung auf

Montag den 13. Juni d. J.,
Vormittags 10 Uhr,

in den hiesigen Rathhaussaal ein.

Gegenstände der Berathung sind:

1) Wahl der Mitglieder des Verwaltungsraths;
2) Wahl der in §. 6 der Statuten vorgesehenen Kommission zum Abschlusse des Betriebsvertrags;
3) Wahl eines technischen Leiters behufs Aufstellung der nöthigen Vorarbeiten für die nach §. 23 Ziff. 9 später stattzufindende Beschlußfassung.

Lahr, den 1. Juni 1864.

Im Namen des Gründungs-Komitee's:
Bittmann, Bürgermeister.

Z.k.413. Frankfurt a. M.

Germania.

Lebens-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Stettin.

Grundkapital: Fünf Millionen 250,000 Gulden südd. W.

Geschäfts-Uebersicht
des Jahres
1. Juni 1863 bis 1. Juni 1864.

Monat.	Zahl der Anträge.	Versicherungs-Summe.
		fl.
Juni	1351	1,510,819.
Juli	1779	1,664,306.
August	1668	1,549,641.
September	1880	1,768,408.
Oktober	1691	1,879,111.
November	1976	1,885,739.
Dezember	1434	1,796,935.
Januar	1670	1,976,483.
Februar	1794	2,103,578.
März	2071	2,038,892.
April	1947	2,133,285.
Mai	2593	2,192,956.
In Summa	21,854	22,500,153.

Frankfurt a. M., 31. Mai 1864.

Die Sub-Direktion der „Germania".
Bureau: Roßmarkt Nr. 5.

Anerbieten.

Z.k.428. Eine Wittwe, gebildet und von guter Familie, die in allen feinen weiblichen Arbeiten bewandert ist und französisch spricht, erbietet sich zur Besorgung der Haushaltung eines ledigen Herrn oder Wittwers oder als Gesellschafterin. Anträge unter Chiffre R. Z. gef. an die Expedition dieses Blattes zu richten.

Arbeitergesuch. Z.k.383. Karlsruhe. Mehrere gute **Modellschreiner, Maschinenschlosser, Former** und **Kesselschmiede** finden dauernde Beschäftigung bei der **Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe.**

Mechaniker- und Dreher-Gesuch. Z.k.202. Frankfurt a. M. Tüchtige Mechaniker, besonders Kleinmechaniker, sowie Dreher werden in einer Fabrik Frankfurts gegen guten Lohn dauernd zu beschäftigen gesucht. Man adressire Zeil 26 im Laden.

Z.k.381. Mannheim.

Gesuch.

In ein hiesiges **Hotel** wird ein **Lehrling** gesucht. Näheres zu erfahren bei der Exped. der Karlsr. Ztg.

Offene Lehrstelle.

Z.k.347. Ein gesitteter junger Mann aus guter Familie findet in einer Leder- und Spezerei-Handlung einer größern Stadt des Mittelrheinkreises eine Lehrstelle. Eintritt sogleich. — Franko Offerten nimmt die Expedition dieses Blattes entgegen.

Pferdeverkauf.

Z.k.401. Eine fehlerfreie, 9jährige, braune Stute, geritten und eingefahren, ist zu verkaufen. Zu erfragen bei der Exped. d. Blattes.

Z.k.425. Karlsruhe.

Apotheke,

eine, eines freundlichen, an der Eisenbahn gelegenen Landstädtchens wird zu verkaufen gesucht. Näheres bei **Gebrüder Jost** in **Karlsruhe.**

Z.k.421. Offenburg.

Weinversteigerung.

Die Alex. Gottwaldischen Erben lassen folgende reingehaltene Weine in ihrer Behausung

Dienstag den 21. Juni d. J.,
Vormittags 10 Uhr,

öffentlich versteigern:

5800	Maas	1862er weißen Bergwein,
900	„	1862er Rothen,
3000	„	1863er weißen Wein,
2400	„	1863er weißen Bergwein,
3600	„	1863er Weißherbst,
1200	„	1863er Rothen.

Hierzu werden die Liebhaber freundlich eingeladen.

Offenburg, den 8. Juni 1864.

Jos. Pfitzmayer, Vormund.

Bad Ueberlingen am Bodensee.

Z.h.816. Mineral- (Stahl-) und Seebäder, täglich frische, vorzüglich gute Molken, sehr gesundes und mildes Klima, prachtvolle Gegend, großartige Aussicht über den See und die Alpen, Gondeln zu Lustparthien sind stets bereit. — Aeußerst billige Preise.

Nähere Auskunft ertheilt bereitwilligst **J. Gilly** z. Bad.

Z.k.431. Mannheim.

The Gresham.

Englische Lebensversicherungs-Gesellschaft.

Genehmigt durch Parlamentsakte.

In **London** 37 old Jewry, in **Paris** 15 rue Drouot.

Bankiers der Gesellschaft:

In London: Die Bank von England,
„ Paris: Die Herren Gebrüder Rothschild,
„ Baden: Die Herren H. L. Hohenemser und Söhne in Mannheim.

Schließt Versicherungen ab auf den Todes- und Lebensfall und gemischt, Aussteuer- und Kinderversicherungen, Leibrenten.

Die Versicherten sind mit 80% am Nutzen betheiligt. Bei der letzten fünfjährigen Gewinnvertheilung im Jahr 1860 kamen 40,000 Pfund Sterling oder ungefähr 1 Million Franken zur Vertheilung.

Die nächste Gewinnvertheilung findet im Jahr 1865 statt. Der letzte Rechenschaftsbericht vom Jahr 1863 ergibt folgende Resultate:

Neue Anträge sind während dieses Jahres eingelaufen	4228 mit einem Kapital von Fr.	43,305,875. —
davon wurden angenommen	3508 „ „ „ „ „	36,424,515. —
zurückgewiesen wurden	720.	
Die Totalprämieneinnahme stieg in diesem Jahr auf		Fr. 3,759,727. 80.
Für Sterbfälle wurden ausbezahlt in diesem Jahr		„ 1,388,341. 85.

Die am 31. Dezember 1863 verzinslich angelegten Fonds betrugen mit Ausschluß des Aktienkapitals und der für Leibrenten empfangenen Summen Fr. 9,366,775.

Die sämmtlichen Aktionäre der Gesellschaft haften mit ihrem ganzen Vermögen für die Verbindlichkeiten derselben.

Näheres bei den Agenten.

Die Hauptagentur:
Wilhelm Fecht.

Z.k.137. Frankfurt a. M.

Am 1. Juli 1864

Ziehung des garantirten

Anlehens der Stadt Mailand von 18 Millionen Francs.

Der Verkauf dieser Anlehensloose ist in allen Staaten gesetzlich erlaubt. Hauptgewinne des Anlehens: **25 Gewinne à 100,000 Frs., 10 à 80,000, 5 à 70,000, 5 à 60,000, 10 à 50,000, 5 à 45,000, 10 à 40,000, 10 à 10,000, 10 à 5000, 5 à 4000, 10 à 3000, 1655 à 1000, 10 à 600, 180 à 500, 290 à 400, 315 à 300,** ferner kleine Gewinne von **Frcs. 250, 200, 150, 100, 60, 50, 49, 48, 47, 46** ꝛc. ꝛc. — Jede Obligation muß mindestens **46 Frcs.** erhalten.

Jährlich finden 4 Ziehungen statt, und zwar am **1. Jan., 1. April, 1. Juli, 1. Oktober.**

Original-Loose für alle Ziehungen werden zum billigsten Preise geliefert.

Ein Loos für die Ziehung am 1. Juli kostet **1 fl.**
12 Loose „ „ „ „ „ kosten **10 fl.**

Pläne und Ziehungslisten erhält Jedermann **gratis** und **franko.** Gefällige Aufträge bis zu den kleinsten Bestellungen werden gegen Baarsendung oder Postnachnahme pünktlichst ausgeführt.

Man wende sich in direkten Briefen an

Jean Schrimpf,
Banquier in Frankfurt a. M.

Z.k.417. Nr. 942. Engen.

Vergebung von Eisenbahnbau-Arbeiten im Großherzogthum Baden.

An der Eisenbahnlinie von Singen nach Donaueschingen wird zwischen Engen und Immendingen die Strecke von der Thalmühle bis zum linksseitigen Donauufer bei Immendingen im Submissionswege zum Baue ausgeboten.

Die Arbeiten selbst sind in den Voranschlägen folgendermaßen berechnet:

Arbeitsloos I
geht von der Thalmühle bis zum Rammberg auf Gemarkung Hattingen, und enthält eine Länge von 10,110 Fuß.

1) Erdarbeit (Herstellung des Planums)	424,841 fl. 39 kr.
2) Uebergangswerke und Flußbauten (mit Ausschluß von Eisen- und Holzkonstruktionen)	211,996 fl. — kr.
3) Unterbau (Schwellenfundament ohne Einkiesung) . .	3,928 fl. — kr.
4) Bahnwartsbrunnen . . .	1,860 fl. — kr.
Summa . . .	642,625 fl. 39 kr.

Arbeitsloos II
geht vom Rammberg bis ans linke Donauufer bei Immendingen, und enthält eine Länge von 23,798 Fuß.

1) Erdarbeit (Herstellung des Planums) . . . . . (darunter zwei Tunnel durch den Jurakalk, der eine 3000 Fuß lang, der andere 600 Fuß lang.)	834,571 fl. 12 kr.
2) Uebergangswerke und Flußbauten (mit Ausschluß der Eisen- und Holzkonstruktionen)	170,870 fl. — kr.
3) Unterbau (Fundamentirung des Schwellenbaues ohne Einkiesung)	9,672 fl. 30 kr.
4) Brunnen	1,280 fl. — kr.
Summa . . .	1,016,393 fl. 42 kr.

Es werden sowohl für ein jedes der beiden Arbeitsloose als für beide zusammen Angebote angenommen, welche nach Prozenten des Voranschlags zu stellen sind.

Die Submissionen sind längstens bis

Montag den 11. Juli d. J.,
Vormittags 8 Uhr,

bei unterzeichneter Stelle einzureichen, in welcher Zeit die Eröffnung derselben, welcher die Submittenten anwohnen können, auf dem Inspektionsbureau öffentlich geschehen wird. Der Umschlag der schriftlichen Angebote ist mit der Aufschrift „Submission für Eisenbahnbau-Arbei auf der Linie Engen—Immendingen" zu versehen.

Pläne, Kostenüberschläge und Bedingungen können jederzeit auf dem diesseitigen Geschäftszimmer eingesehen werden.

Bei den Inspektionen Engen, Schaffhausen und Konstanz ist ein beträchtlicher Vorrath von Geräthschaften und Materialien um mäßigen Preis zu haben.

Engen, den 6. Juni 1864.

Großh. Eisenbahnbau-Inspektion.
Dern.

Z.k.427. Nr. 524. Emmendingen.

Heugras-Versteigerungen.

Das diesjährige Heugras von den domänenärarischen Wiesen wird versteigert,

Montag den 13. d. M., Nachmittags 2 Uhr, in der Stube zu Eichstetten von ca. 53 Morgen Herrenmatten, Seedämmen, Mauermatten, Vogtsmatten und Parzellen.

Am nämlichen Tag, Abends 6 Uhr, im Adlerwirthshaus in Theningen von 6½ Morgen dortiger Gemarkung.

Dienstag den 14. d. M., Nachmittags 2 Uhr, in der Stube zu Eichstetten von 62 Morgen Moosmatten, Nimburger Gemarkung.

Donnerstag den 16. d. M., Nachmittags 2 Uhr, im Rebstockwirthshaus zu Kollmarsreuthe von 62 Morgen dortiger Windenreuther und Emmendinger Gemarkung.

Samstag den 18. d. M., Vormittags 9 Uhr, auf dem Mauracher Hof von 110 Morgen Denzlinger und 16 Morgen Sexauer Gemarkung.

Montag den 20. d. M., Vormittags 9 Uhr, auf dem Stöckenhof von 161 Morgen.

Dienstag den 21. d. M., Vormittags 9 Uhr, in der Stube zu Eichstetten von 110 Morgen linksseitigen und 40 Morgen rechtsseitigen Nimburger Seematten.

Mittwoch den 22. d. M., Vormittags 9 Uhr, ebendaselbst von 170 Morgen rechtsseitigen Seematten.

Donnerstag den 23. d. M., Vormittags 9 Uhr, in Thennenbach von 111 Morgen.

Borgfrist bis Michaeli. Baarzahlungen werden angenommen.

Emmendingen, den 8. Juni 1864.

Großh. bad. Domänenverwaltung.
L. Hausrath.

Z.k.333. Nr. 1094. Lörrach.

Vergebung von Bauarbeiten.

Nachgenannte Arbeiten zur Errichtung

eines Kreisgerichts-Gebäudes in Lörrach

sollen auf schriftliches Angebot vergeben werden:

1) Die Maurerarbeit, im Anschlag zu	15,917 fl. 40 kr.
2) die Steinhauerarbeit, im Anschlag zu	13,920 fl. 53 kr.
3) die Zimmermannsarbeit, im Anschlag zu	6,857 fl. 13 kr.
4) die Schmiedarbeit, im Anschlag zu	222 fl. 15 kr.
5) die Schieferdeckerarbeit, im Anschlag zu	1,372 fl. 12 kr.
6) die Gypserarbeit, im Anschlag zu	3,557 fl. 51 kr.
7) die Pflästererarbeit, im Anschlag zu	279 fl. — kr.

Pläne, Voranschlag und Uebernahmsbedingungen liegen bei diesseitiger Stelle zur Einsicht auf.

Die Angebote sind nach Prozenten des Voranschlags aufzustellen und längstens bis

14. Juni l. J., Vormittags 10 Uhr,

versiegelt und portofrei hier einzureichen.

Lörrach, den 1. Juni 1864.

Großh. bad. Bezirs-Bauinspektion.
Hemberger.

Z.i.163. Nr. 6864. Freiburg. (Aufforderung und Fahndung.) Der Bäckergesell Karl Eberle von Kürzell, Amts Lahr, ist des Diebstahls eines braunen Filzhutes, im Werthe von 3 fl., zum Nachtheil des Rebstockwirths Leute dahier beschuldigt. Derselbe wird aufgefordert, sich

binnen 14 Tagen

dahier zu stellen, indem sonst nach dem Ergebniß der Untersuchung das Erkenntniß gefällt würde.

Zugleich bitten wir, auf Karl Eberle zu fahnden und ihn im Betretungsfall an uns abzuliefern.

Freiburg, den 2. Juni 1864.

Großh. bad. Stadtamtsgericht.
Brummer.
Simianer.

Z.i.168. Nr. 2921. Philippsburg. (Diebstahl und Fahndung.) In der Zeit vom 24. bis 27. Mai d. J. wurden in der Fabrik Waghäusel aus einem gepackten und zugenagelten Zuckerfaß 13 Zuckerhüte, am Boden mit F. B. gezeichnet, mit rothem und blauem Papier umwickelt und verschnürt, entwendet.

Wir bitten um Fahndung nach den entwendeten Gegenständen und nach dem z. Z. noch unbekannten Thäter.

Philippsburg, den 6. Juni 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Mors.

Z.i.159. Nr. 5338. Kork. (Straferkenntniß.) Da Kanonier Joseph Schieß von Stadt Kehl der diesseitigen Aufforderung vom 30. April d. J., Nr. 4214, nicht nachgekommen ist, wird derselbe als Deserteur des badischen Orts- und Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt und in die gesetzliche Geldstrafe von 1200 fl., sowie in die Kosten der Untersuchung verfällt.

Kork, den 7. Juni 1864.

Großh. bad. Bezirksamt.
Frech.
vdt. Haas.

Frankfurt, 8. Juni 1864. **Staatspapiere.**

		Per compt.			Per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.Hess.	3½% Obligation.	93¾ P.
„	5% do. in holl. St.	— —	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	101½ G.
„	5% do. 1852 i. Lst.	80¼ P.	„	4½% do.	102¼ P.
„	5% do. 1859 „ „	78¾ bez.	„	4% do.	99½ P.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	91½ P.	„	3½% do.	92⅜ P.
„	5% Venet. C. b. R. 6/7	83½ G.	Krhess.	4% Obl. Rthlr. à 105	99¾ P.
„	5% Nat.-Anl. 1854	68⅜ P.	Brschw	3½% O. b. R. à 105	91¾ G.
„	5% Met.-Obligat.	61⅜ bez.	Lxbrg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. E.	91⅛ P.
„	5% do. 1852 C. b. R.	61⅝ G.	„	4% do. à 105 kr. b. E.	89⅝ P.
„	4½% Met.-Oblig.	54⅞ P.	Frankf.	3½% Obligation.	97⅝ P.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	105½ G.	„	3% do.	92½ P.
„	4½% do.	100⅞ P.	Rußld.	5% Obl. in L. à fl. 12	86¾ P.
„	4% do.	96 P.	Finnl.	4½% O. i. R. à 105	88¼ P.
„	3½% Staatssch.	90⅛ G.	Span.	3% inl. Schuld	— —
Bayern	4½% 1jährig	102¼ P.	„	2½% Schuld	45 P.
„	4⅞% ½jährig	102¼ bez.	Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 kr.	100¼ P.
„	4% 1jährig	100⅛ P.	Italien	5% Rente Fr. à 28 kr.	68⅞ P.
„	4% ½jährig	100½ P.	Schwd.	4½% Obligation.	94⅝ G.
„	4% Ablös.-Rente	100 P.	„	4½% Pfbf. b. B. & E.	94¾ P.
„	3½%	97½ P.	Schwz.	4½% E. O. i. Fr. à 28	— —
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	105¼ P.	„	4½% Bern. St.-O.	101½ G.
„	4% do.	103 G.	„	4% do.	— —
„	3½% do.	94¾ G.	„	5% Gf. St. O. Fr. 28	97⅝ P.
Baden	4% Obligation.	100⅛ P.	N-Am.	6% St. i. D. r. 1881	60¾ P.
„	3½% do. v. 1842	92¾ G.	„	6% do. r. 1882	58¾ bez.
G.Hess.	5% Obligation.	101¾ P.	„	5% do. r. 1871	— —
„	4% do.	100 P.	„	5% do. r. 1874	— —

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	139¼ G.	4% Pfandbr. d. Frkf. Hyp.-B.	96⅜ P.
3% Oesterr. Bank-Aktien	801 G.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	50½ P.
5% „ Cred. A. i. O. W.	201 b. G.	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB.	50⅞ P.
3% Bayer. Bank à fl. 500	895 G.	5% Tosc. Centr. Eisnb. Prior.	76⅝ P
4% Darmst. B.-A. à fl. 250	220½ G.	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	79½ G.
4% Weimar. Bank-Aktien	94 G.	5% do. neueste Emiss. 6/7	72¾ G.
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	98¼ P.	5% Böh. W.-B. P. i. S. b. R. 6/7	83¼ P.
4% Luxemb. Bank-Aktien	105¾ P.	5% Galz. Carl Ldwb.-Pr O. 6/7	84½ P.
Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4½% Hess. Ldwigsb.-Prior.	101 P.
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	314 G.	5% Oest. Ld. 1. Pr.-O. i. Silb.	79½ P.
3½% Frankf. Han. Esnb.-A.	100⅜ P.	5% „ „ 2. „ „ „	— —
5% Oesterr. Staats-Esnb.-A.	187 P.	4½% Ldwh.-Berb. Pr.-Obl.	102 P.
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/6	112 G.	4% „ „ „ „	101½ G.
5% Böhm. Westb.-Akt. fl. 200	68⅞ P.	4½% Rhein-Naheb. Pr.-O.	99½ bez.
Rhein-Nahe-Bahn	29 P.	5% Ital. R. 20% Einz. Fr. à 28	— —
4% Ldwh.-Berb. Eisenbahn	146 P.	4% Südd. Bnk.-A. 40% Einz.	245½ G.
4% Neustadt-Dürkheimer	99 P.	Span. Cr. b. Pereire 90% „	— —
4½% Pf. Max-Esb.-A. b. R.	105⅝ G.	4½% Bayer. Ostb. 50% „	111⅝ P.
4½% Bayer. Ostbahn-Aktien	112⅜ P.	3% Deutsch. Phönix 20% „	152½ G.
4% Hess. Ludwigsbahn	127¾ P.	Frkf. Rückvers.-G. 10% „	106 P.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Aktien	— —	4% Frkf. Provident. 20% „	91 P.
4½% Frankf. Han. Prior.-O.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% „	— —

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	133 G.
„ 250 fl. „ 1854	78¾ P.
„ 100 fl. Pr. L. 1858	134 bez.
„ 500 fl. v. 1860 6/7	84⅛ G.
„ 100 fl. v. 1864	96½ P.
3½% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9⅜ bez.
Bad. 50-fl.-Loose	111½ P.
„ 35-fl.-„	52⅛ P.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	55¼ G.
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	138¼ P.
„ 25 fl. „ „ „	37⅛ P.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	36¾ bez.
Sard. 36-Fr.-L. b. B.	— —
Mail. 45-Fr.-L. b. R.	34 P.
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	36 P.
3% Bordeaux 100 Fr	86 G.
Ansb.-Gunzenh. L.	11⅜ G.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	k. S.	100¼ G.
Antwerpen	„	94 G.
Augsb. 24 fl. 100	„	100 B.
Berlin	„	105 G.
Bremen	„	96¾ B.
Brüssel	„	94 G.
Cöln	„	105¼ B.
Hamburg	„	89 B.
Leipzig	„	105 G.
London	„	118⅞ G.
Maild. i. Fr. 200	„	93¾ G.
München	„	100 B.
Paris	„	94⅛ G.
„ 60 à 90 T.		— —
Wien	k. S.	102⅛ G.
Disconto		3½% G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 40½-41½
Preuß. Frd'or.	„	9 57 -58
Holl. fl. 10 St.	„	9 48½-49½
Rand-Ducat.	„	5 33½-34½
20-Frankenst.	„	9 25 -26
Engl. Sover.	„	11 50 -54
Russ. Imper.	„	9 41 -43
Gold pr. Zpfd.	„	803 -808
5-Frank.-Thl.	„	— —
Alte österr. 20r.	„	30 24 G.
Rand-20r.	„	30 12 G.
Hh. Silb. p. Zpfd.	„	52 6-36
Preuß. Cassch.	„	1 45¼-45½
Doll. in Gold	„	2 27 -28

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)